

# Verstrickungen am Fuss der Rigi

Der Finanzchef der Rigi-Bahnen will Finanzvorsteher von Weggis werden. Dort plant seine Firma eine neue Gondelbahn. Die Doppelrolle sei unproblematisch, finden die Beteiligten

Andreas Schmid

Für die CVP will Marcel Waldis heute Sonntag in den Gemeinderat von Weggis, die Exekutive der Gemeinde im Kanton Luzern, gewählt werden. Mit hoher Wahrscheinlichkeit werde er dies auch schaffen, sagen Einheimische, die mit den politischen Verhältnissen vertraut sind.

Waldis ist seit 2008 Finanzchef der Rigi-Bahnen. In dieser Funktion betreut er das Projekt einer neuen Gondelbahn von Weggis nach Rigi Kaltbad. Diese soll die über 50-jährige Seilbahn ersetzen, die 650 Personen pro Stunde befördern kann. Künftig soll die stündliche Kapazität auf 800 bis 1200 Fahrgäste erhöht werden.

Wegweisender Urnengang

In Weggis - mit dem voraussichtlich neuen Finanzvorsteher Waldis - steht Ende September eine Abstimmung über die Teilrevision der Ortsplanung an; es geht um die Bewilligung des Seilbahnkorridors, der für die rund 20 Millionen Franken teure neue Bahn mit 21 Gondeln benötigt wird. Zudem will Weggis für rund 1,4 Millionen Franken Aktien der Rigi-Bahnen erwerben. Heute besitzt die Gemeinde nur ein symbolisches Paket im Wert von einigen zehntausend Franken.

Am 1. September wird Waldis das Amt in Weggis antreten, falls er gewählt wird. Vom Dossier Gondelbahn wird er die Finger aber lassen. «Für mich ist selbstverständlich, dass ich bei Geschäften mit möglichem Interessenkonflikt in den Ausstand trete», sagt Waldis. Er betont zudem, dass das Projekt zur Erneuerung der Seilbahn Weggis-Rigi Kaltbad seit Jahren in Vorbereitung sei. Ebenso wie der Kauf der Aktien, der seit 2015 in einer beidseits unterzeichneten Absichtserklärung festgehalten sei.

In seiner Doppelrolle sehe er kein Problem, sagt Waldis: «Es gibt im politischen Alltag immer wieder Konstellationen, in denen Mitglieder eines Gemeinderats in den Ausstand treten müssen.» Zudem habe sich Weggis mit einem Geschäftsführer organisiert. Dieser sei mit den operativen Projekten betraut. Seine Funktion bei den Rigi-Bahnen sei



Die über fünfzig Jahre alte Luftseilbahn von Weggis nach Rigi Kaltbad soll durch eine neue Gondelbahn ersetzt werden.

**Die Rigi verträge mehr als eine Million Besucher pro Jahr, ohne dass es Konflikte gebe.**

den Stimmberechtigten bekannt, und mit den involvierten Behörden habe er die Ausgangslage im Vorfeld besprochen.

Godi Marbach, der angesprochene Geschäftsführer von Weggis, hält fest, Waldis werde im Fall seiner Wahl bei Entscheiden zu den Rigi-Bahnen konsequent in den Ausstand treten. «Das Projekt wird aktuell in der Bevölkerung grossmehrheitlich befürwortet», sagt Marbach. «Es ist für Weggis und besonders die Gastro- und Hotelbetriebe enorm wichtig.»

Das sehen nicht alle so: Es gehe den Rigi-Bahnen darum, Umsatz zu bolzen, indem sie noch mehr Gäste auf den Berg bringen könnten, sagen Kritiker des Vorhabens. Die Firma hat einen Umsatz von rund 29 Millionen Franken und möchte diesen laut eigenem Bekunden in den nächsten Jahren um 20 Prozent steigern.

Solche Aussagen schüren die Angst vor weiter zunehmendem

Massentourismus. Bestätigt sehen die Kritiker ihre Befürchtungen auch darin, dass an der Talstation in Weggis einige Dutzend neue Parkplätze entstehen sollen.

2018 besuchten fast eine Million Gäste den knapp 1800 Meter hoch gelegenen Ausflugsberg, 2010 waren es erst gut 600 000 gewesen. Gegner des Projekts lancierten vor dem Hintergrund dieser Entwicklung eine Petition, die fordert, nicht mehr als 800 000 Besucher pro Jahr auf die Rigi zu lassen.

Bahn-Finanzchef Waldis hatte im vergangenen September in einem Interview mit der «Luzerner Zeitung» erklärt, die Rigi verträge mehr als eine Million Besucher pro Jahr, ohne dass es Konflikte gebe.

Naturschützer wehren sich dagegen, dass für die Bahn mit elf Masten - zwei davon sind Doppelmasten - Schutzwald gerodet wird. Tangiert werden durch

den Bau laut den Kritikern auch schützenswerte Gebiete. Bis zu 75 Meter ragen die Masten in die Höhe. Dies sei ein gravierender Eingriff ins Umgebungsbild.

Disput um Gutachten

Ein Gutachten der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission führt dagegen keine grundsätzlichen Einwände gegen das Projekt auf. In einigen Bereichen sollen die Rigi-Bahnen aber weitere Abklärungen treffen und Nachweise für die Unbedenklichkeit des Baus erbringen.

Das Gutachten lasse mehrere wesentliche Aspekte ausser acht, monieren die Landschaftsschützer. So stehe zum Beispiel einer der Masten in einer Schutzzone für eine Quelle, was die Experten nicht thematisierten. Ebenso spreche das Gutachten nicht an, inwieweit sich die Rodung des Schutzwalds auf die Gefahr von Steinschlägen auswirke.

## In Kürze

### 280 Patienten werden beatmet

Wie das Bundesamt für Gesundheit (BAG) am Samstag mitgeteilt hat, werden derzeit in der Schweiz 280 Corona-Patienten auf Intensivstationen künstlich beatmet. Das sei enorm viel, sagte Daniel Koch vom BAG. Die Intensivstationen seien aber noch nicht ausgelastet. Es gebe noch freie Betten. Koch bat die Bevölkerung, sich weiter diszipliniert zu verhalten. (sda)

### SBB: Umstellung auf Kurzarbeit geprüft

Wie viele Unternehmen erwägen auch die SBB, auf Kurzarbeit umzustellen. «Wir prüfen gegenwärtig bei den zuständigen Stellen des Bundes, ob die SBB Kurzarbeit beantragen können», sagt Sprecher Martin Meier. Für welche der über 32 000 Angestellten dies infrage käme, liess Meier offen. Die SBB haben ihr Angebot diese Woche weiter reduziert; es verkehren viel weniger Züge als im Normalbetrieb. (asc.)

### Dienst für 3000 Männer verlängert

Die Armee hat den Dienst für gut 3000 Mann im Sanitätsdienst bis Ende Juni verlängert. «Diese jungen Männer sind für drei Wochen eingerückt - sie haben nun einen Vertrag über drei Monate erhalten», sagte Brigadier Raynald Droz am Samstag. Man habe lange nicht mehr solche Entscheide treffen müssen. Die Betroffenen trügen die Verlängerung aber mit grosser Verantwortung und seien motiviert. (zss.)

### Plattform für den Personalaustausch

Die Mobilitätsbranche um die Verbände Astag, TCS und Fahrlehrerverband sucht trotz Corona-Krise nach Personal. Sie hat nun unter der Adresse coronosol.ch eine Online-Plattform für den Personalaustausch lanciert. Unterstützt wird dieser «Coronavirus-Solidaritätsfonds» von der Post und der Konferenz der Kantonsregierungen. (sbü.)

## Bischof straft Kritiker ab - nun hagelt es Protest

Im Bistum Chur gehen einmal mehr die Wogen hoch. Der Bischof hat einen kritischen Generalvikar abgesetzt. Die Basis protestiert.

René Donzé

Die Spannungen im Bistum Chur sind schon lange gross, nun haben sie eine neue Dimension erreicht. Vor knapp zwei Wochen hat Bischof Peter Bürcher, der das Bistum interimsmässig leitet, den Generalvikar für die Urschweiz Martin Kopp nach 17-jähriger Tätigkeit entlassen. Er wirft ihm vor, sich in einem Artikel in der «NZZ am Sonntag» vom 15. März «wertend zur anstehenden Bischofswahl» geäussert zu haben. Das sei illoyal und nicht zum ersten Mal vorgekommen.

Was ist passiert? Diese Zeitung hatte berichtet, dass die Zürcher Regierungsrätin Jacqueline Fehr (sp.) ihre Regierungskollegen in den anderen Kantonen des Bistums Chur vergeblich für einen Brief gewinnen wollte. Darin sollte der Bundesrat aufgefordert

werden, beim Heiligen Stuhl in Sachen Churer Bischofswahl vorzusprechen. Es geht um die Angst, dass als Nachfolger von Vitus Huonder ein ebenso konservativer Bischof eingesetzt wird, der ebenso wenig von der demokratisch legitimierten Landeskirche hält wie Huonder. Im Artikel äusserte sich Kopp zur geplanten Aktion, von der er nichts gewusst hatte. «Erfahrungsgemäss hört Rom eher auf Politiker als auf innerkirchliche Kritik», sagte Kopp. Er zeigte sich auch besorgt, dass die vorgeschlagenen Nachfolger alle auf der Linie Huonders und seines Statthalters Martin Grichting seien. «Durch Letzteren wird die typisch schweizerische Kirchenverfassung permanent infrage gestellt», so Kopp.

Die Absetzung des kritischen Generalvikars hat einen Sturm der Empörung ausgelöst. Innert zwei Wochen haben über 3000 Personen eine Online-Petition an Bürcher unterschrieben, in der er aufgefordert wird, das Gespräch mit Kopp wieder aufzunehmen. «Peter Bürcher hat Brücken abge-

rissen zu einem, der ausspricht, was viele Katholik\*innen denken, darunter auch wir. Wir erwarten die Rücknahme dieses Entscheides», heisst es in der Petition.

Zu Wort gemeldet hat sich auch die Biberbruggler Konferenz, der Zusammenschluss der Landeskirchen im Bistum Chur. Kopp werde durch den Bischof «auf demütigende Art abgestraft», schreibt die Konferenz. Bürcher habe damit Schaden angerichtet. «Statt für Ausgleich zu sorgen, werden neue Gräben aufgeworfen.» Viele Briefe seien dem Bischof geschrieben worden, unter anderem auch von Seelsorgern aus der Zentralschweiz, heisst es aus Kirchenkreisen.

Trotz dieser Protestwelle will Peter Bürcher nicht auf seinen Entscheid zurückkommen, wie er über seinen Sprecher ausrichten lässt. Er habe bei seinem Amtsantritt im letzten Sommer klar die Weisung herausgegeben, dass sich Mitglieder des Bischofsrates - zum denen Kopp zählte - nicht öffentlich zur Bischofsnachfolge äussern dürften. Diese Loyalität



Erlebt Solidarität: Der abgesetzte Generalvikar Martin Kopp.

sei von Kopp gebrochen worden. «Mein Vertrauen in seine Eignung als direkter Mitarbeiter war nicht mehr gegeben», lässt er mitteilen. Eigentlich habe er sich schon im letzten Sommer vom kritischen Kopp trennen wollen, doch habe er ihn auf Drängen Grichtings im Amt belassen, sagt sein Sprecher.

Kopp hat sich bereits in der Vergangenheit kritisch zur

Bischofsnachfolge von Chur geäussert und die Angst vor einem weiteren Hardliner an der Spitze des Bistums geäussert. Immer wieder hatte er vor einer Spaltung der katholischen Kirche gewarnt. Mit Vitus Huonder legte er sich mehrmals an: Unter anderem hatte er sich gegen die Absetzung eines Priesters in Bürglen gewehrt, der ein homosexuelles